FOOD FIRST

NR.3/16

BÖDEN AUFBRECHEN!
MIT RECHT ZU LAND!

LAND - IN WESSEN HAND?
LANDKONZENTRATION IN ÖSTERREICH
Seite 2

SIERRA LEONE: VON ADDAX ZU SUNBIRD
Seite 6

BRASILIEN: INDIGENE FORDERN
IHR LAND ZURÜCK
Seite 10

FIAN
INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Magazin für das Menschenrecht auf Nahrung von FIAN Österreich

Filmtage zum Recht auf Nahrung

Hunger.Macht.Profite.8

10. März – 10. April 2017

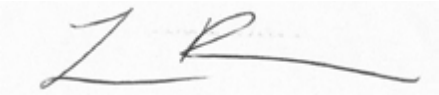
www.HungerMachtProfite.at

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Zugang zu Land und anderen natürlichen Ressourcen ist eine wichtige Voraussetzung für das Recht auf Nahrung. Land, Wasser und Saatgut dürfen nicht der Kontrolle der Konzerne überlassen werden, denn wer sie kontrolliert, bestimmt was auf unseren Tellern landet. Doch leider nimmt die Macht- und Marktkonzentration weiter zu. Auch Land konzentriert sich immer mehr in den Händen weniger – das auch in Österreich. FIAN veranstaltete daher das erste Land-Forum für Ernährungssouveränität mit und forderte unter dem Motto „Böden aufbrechen!" ein Umdenken in der Landpolitik. Es vernetzten sich Initiativen aus ganz Österreich und tauschten sich mit ihren Kolleg_innen aus den Niederlanden, dem Baskenland, Frankreich und Deutschland aus. Neue Synergien sind entstanden und Projekte auf dem Weg – der Wandel von unten hat längst begonnen. Mehr zur Landverteilung in Österreich sowie Projekten, die sich der Landkonzentration widersetzen, in unserem Schwerpunkt ab Seite 2. Auch im Saatgutbereich zeichnen sich erste Erfolge ab: Über die Stellungnahme des EU-Parlaments gegen Patente auf Leben lesen Sie auf Seite 11. Auf UN-Ebene bewegt sich ebenfalls etwas: Die EU gibt ihre Blockadehaltung auf und nimmt an der Arbeitsgruppe zum UN-Abkommen zu Konzernregulierung teil (Seite 8). Der Kampf der Guaraní-Kaiowá in Brasilien bekommt Unterstützung: Das EU-Parlament verurteilt die Gewalt gegen die Indigenen und ruft den brasilianischen Staat zum Handeln auf (Seite 10). All diese Beispiele zeigen: Gemeinsam können wir Veränderung erreichen! Dafür möchten wir uns besonders bei unseren Mitgliedern und Unterstützer_innen bedanken.

Natürlich bleibt trotzdem nach wie vor viel zu tun, in Sierra Leone hat ein neuer Betreiber die Zuckerrohrplantagen in Makeni übernommen (Seite 6) und die Zukunft der lokalen Bevölkerung ist weiter ungewiss.

Doch wir lassen uns nicht unterkriegen. Mit dem Wissen zusammen etwas bewegen zu können, gehen wir motiviert in das Jahr 2017 – Mit Ihrer Unterstützung Schritt für Schritt in eine Welt frei von Hunger!



Linnéa Richter,
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit FIAN Österreich,
im Namen des Redaktionsteams

THEMA - BÖDEN AUFBRECHEN

2 Wem gehört Österreich?
4 Böden aufgebrochen!

FIAN WELTWEIT

6 Sierra Leone: Von Addax zu Sunbird
7 Europäisches Nyéléni Forum für Ernährungssouveränität
8 Konzerne in die Schranken weisen - Auf dem Weg zum TNC-Treaty
10 Guaraní-Kaiowá: Wo bleibt der politische Wille?

FIAN AKTIV

11 Kein Patent auf Leben
12 Saatgut in wessen Hand? Right to Food and Nutrition Watch 2016
13 Sozialpolitik in Europa - Treffen des European Anti-Poverty Netzwerks
14 Kunst, Musik, Kulinarik - „Mir isst es Recht!"

FIAN LESETIPP

16 Buchrezension: Menschenrechte wider den Hunger

LANDKONZENTRATION IN EUROPA

WEM GEHÖRT ÖSTERREICH?

In Österreich wird die landwirtschaftliche Nutzfläche von 273 Millionen Hektar sukzessive weniger. 1999 waren es noch 3.3 Millionen Hektar Agrarflächen. Täglich werden 22 Hektar verbaut, das entspricht einer Fläche von über 30 Fußballfeldern. Österreich gehört damit europaweit zu den Ländern mit dem größten Rückgang an landwirtschaftlichen Flächen.

Aber wem gehören Wald, Wiesen und Äcker in Österreich? Eine nicht einfach zu beantwortende Frage, denn die Datenlage ist von Intransparenz entlang der Interessen von Großeigentümer_innen gekennzeichnet. Fest steht, Reichtum in Form von Grund und Boden konzentriert sich zunehmend in den Händen Weniger.

Die Top 3: Staat, Adel, Klöster

Die Bundesforste sind mit 850.000 Hektar der mit Abstand größte Grundeigentümer des Landes. Die Stadt Wien folgt mit etwa 58.000 Hektar. Danach reihen sich ehemalige Adelsfamilien und Klöster. Umfassende und aufschlussreiche Daten zu Fragen der Landkonzentration und -verteilung zu bekommen ist schwierig, die größten Grundeigentümer_innen werden nirgendwo offiziell veröffentlicht. Laut journalistischen Recherchen sind die größten kirchlichen Eigentümer das steirische Benediktinerstift Admont, die Chorherren von Klosterneuburg, das Prämonstratenserstift Schlägl sowie die Klöster von Göttweig, Kremsmünster, Heiligenkreuz und Melk. Weite Teile der österreichischen Wälder, Wiesen und Äcker kontrollieren die Blaublütler Esterházy, Mayr-Melnhof-Saurau, Liechtenstein, Schwarzenberg, Habsburg, Coburg & Gotha, Starhemberg und Schaumburg-Lippe. Diese Riesengüter wurden erheiratet oder ererbt.

„Wachsen oder Weichen“

Jedes Jahr werden zehntausende Kleinbäuer_innen aus der Landwirtschaft gedrängt, während größere Betriebe und die Agrarindustrie rapide expandieren. Politische Repräsentant_innen, agrarindustrielle Interessensgruppen und Lobbys (oft als Teil der mächtigen „Dreifaltigkeit“ von Raiffeisen, Landwirtschaftskammer und Bauernbund) bezeichnen diesen Prozess als „naturgegebenen“ und „notwendigen“ „Strukturwandel“. Diesen Trend vorantreibende politische Rahmenbedingungen dahinter bleiben unthematisiert. Das „Bäuer_innensterben“ trifft hauptsächlich kleine und mittlere Betriebe und verstärkt die Landkonzentration. In Österreich verdoppelte sich zwischen 1951 und 2007 die durchschnittliche Betriebsgröße. Wurde 1995 von einem österreichischen Betrieb im Durchschnitt eine Gesamtfläche von 31,8 Hektar bewirtschaftet, so waren es 2013 bereits 43,5 Hektar.

Europa gilt gewöhnlich als Vorzeigebeispiel für gelungene Landverwaltung. Diese Einschätzung setzt jedoch ein sehr enges Verständnis von Land voraus. Landverwaltung wird dabei in erster Linie als eine technische Angelegenheit gesehen, die sich durch starke (private) Eigentumsrechte, gut funktionierende Grundkataster und Landmärkte auszeichnet. Hand in Hand mit der üblichen technischen Herangehensweise an Landverwaltung geht das dominante sozial und ökologisch destruktive Produktionsmodell. In vielen europäischen Ländern ähnelt der ungleiche Zugang zu Land jenen Ländern, die für die ungleiche Verteilung von Landbesitz bekannt sind, wie beispielsweise Brasilien, Kolumbien und die Philippinen. Fast die Hälfte der landwirtschaftlichen Betriebe in Europa sind kleine Bauernhöfe mit weniger als zwei Hektar, die aber nur zwei Prozent der landwirtschaftlichen Fläche kontrollieren. Dem gegenüber nutzen drei Prozent der größten landwirtschaftlichen Betriebe die Hälfte der gesamten landwirtschaftlichen Fläche in der EU. Diese „Landeliten“ werden im Rahmen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP) aktiv durch öffentliche Gelder gefördert – unter anderem durch flächenbezogene Subventionen. Dominante Investitionspolitiken bevorzugen ein industrialisiertes Agrarmodell sowie große Landeinheiten und befördern in vielen Fällen die nicht-landwirtschaftliche Nutzung von Land (zum Beispiel Zersiedelung, touristische Enklaven, kommerzielle Großprojekte). Das stellt einen wichtigen Anreiz für Großbetriebe, Agrarbusiness und Spekulanten dar – speziell in Süd- und Osteuropa.

Preisschlachten um die besten Äcker

Aber auch in Österreich ist spätestens seit der Finanzkrise 2008 der agrarische Bodenmarkt stark umkämpft. „Solide Werte" wie Grund und Boden sind begehrt wie lange nicht. In den Kleinanzeigenteilen einschlägiger Agrarmedien tummeln sich Zahnärzt_innen, Rechtsanwält_innen, Banker_innen oder Apotheker_innen, die bereit sind, für Ackerflächen hunderttausende Euros hinzulegen. Das treibt die Preise für Ackerland weiter in die Höhe, bereits jetzt ist Österreich im europäischen Vergleich ein Hochpreisland. Die Branchenfremden blättern oft bedeutend mehr als den ortsüblichen Preis hin. Nur rein theoretisch ist der Erwerb von Agrarflächen im Grundverkehrsgesetz so geregelt, dass Käufe zu überhöhten Preisen beeinsprucht werden können und ortsansässige Landwirt_innen beim Zuschlag bevorzugt werden. Angehende oder umliegende Bäuer_innen haben in der Realität oft das Nachsehen. Ihre offizielle Interessensvertretung – die Landwirtschaftskammern – haben ihre Beratungstätigkeiten einstweilen auf den Kauf von Land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke durch Nicht-Landwirte ausgedehnt.

Böden aufbrechen

Kleinbäuer_innen aus der Landwirtschaft zu drängen und den Zugang zu Land für angehende Bäuer_innen zu blockieren, sind zwei zusammenhängende Phänomene, die vom Trend zu wenigen, dafür aber größeren landwirtschaftlichen Betrieben, geprägt werden. Immer mehr Menschen, angehende Bäuer_innen, Konsument_innen oder Stadtgärtner_innen, stellen sich diesem Trend entgegen. Neben defensiven Kampagnen gegen Großprojekte, Enteignungen und der nicht-landwirtschaftlichen Nutzung von Land, gibt es auch proaktive Kampagnen, in denen Menschen ihr Recht auf die Kontrolle über Land praktisch realisieren und dabei selbst über Zweck sowie Art und Weise der Kultivierung des Landes bestimmen. Viele von ihnen haben sich beim Land-Forum für Ernährungssouveränität am 25. und 26.11. in Wien getroffen (Bericht auf Seite 4).

Wir alle sind von der Ressource Land abhängig. Der Zugang zu Land muss Gegenstand demokratischer Aushandlungs- und Gestaltungsprozesse zu sein. Die Verwirklichung des Menschenrechts auf angemessene Nahrung verlangt nach einer nachhaltigen Produktion von und dem Zugang zu gesunden Nahrungsmitteln für alle. Das beinhaltet das Recht der Menschen, ihre Lebensmittelversorgung so zu organisieren, dass sie ihren eigenen Entscheidungen und Präferenzen über Produktion und Konsum entspricht. Die Verwaltung von Land und natürlichen Ressourcen muss daher auch in Österreich auf die ökologisch und sozial gerechte Produktion von Lebensmitteln für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung abzielen.

Dieser Beitrag in Langform auf www.fian.at/artikel/land-in-wessen-hand/

Brigitte Reisenberger, Geschäftsleitung
FIAN Österreich

LAND-FORUM FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT IN WIEN

BÖDEN AUFGEBROCHEN!

Reichtum in Form von Grund und Boden konzentriert sich auch in Österreich zunehmend in den Händen Weniger. Durch Urbanisierung oder Infrastrukturprojekte gingen zwischen 2005 und 2010 100.000 Hektar verloren. Grund genug, um ein Land-Forum für Ernährungssouveränität, auszurufen.

Im Frühjahr 2015 wurde die Idee eines Land-Forums beim Nyéléni-Treffen der österreichischen Bewegung für Ernährungssouveränität in Villach geboren. Über die letzten Monate haben FIAN Österreich, ÖBV-Via Campesina Austria, NEL-Netzwerk Existenzgründung in der Landwirtschaft und der Verein RASENNA – Boden mit Zukunft gemeinsam an Konzept und Programm des Land-Forums gefeilt. Großes Ziel war es, ein Austausch- und Vernetzungstreffen für all jene, die sich für demokratische, ökologische und sozial gerechte Zugangs- und Nutzungsformen von Land einsetzen, zu schaffen. Das ist geglückt. In Kooperation mit den Wiener Volkshochschulen fand am 25. und 26. November das Land-Forum unter dem Motto „Böden aufbrechen!" in Wien mit knapp 100 Aktiven statt. FIAN hat das Land-Forum über das EU-Projekt „Hands on the Land for Food Sovereignty" tatkräftig unterstützt.

Land: In welcher Hand?

Bis vor wenigen Jahren war es auf (institutioneller) EU-Ebene kaum möglich die Landfrage in Europa kritisch anzusprechen. Obwohl die EU-Zahlen, die Sylvia Kay vom Transnational Institute (TNI) am Land-Forum zitierte, das Problem kaum deutlicher aufzeigen könnten: „Die Top ein Prozent der Landwirt_innen kontrolliert ein Fünftel der Landflächen. Ackerland ist noch ungerechter verteilt als Geldvermögen in Europa." Die voranschreitende Landkonzentration sei jedoch der „natürliche Lauf der Dinge", so der Tenor der EU-Kommission. Auf europäischer Ebene beginnt dieses Schauklappendenken jedoch zu bröckeln. „Die europäischen Institutionen befassen sich nun ernsthaft mit zivilgesellschaftlichen Vorstößen und Forderungen wie einer EU-Direktive zum Zugang zu Land, einem EU-Land Observatory oder den FAO-Land-Leitlinien", so Kay.

FAO-Leitlinien als Türöffner

Die FAO-Land-Leitlinien bieten eine Handlungsanleitung für Staaten und Zivilgesellschaft, wie die Verwaltung von Land auf Basis der Menschenrechte verbessert werden kann. Sie können ein Türöffner sein, um die Landfrage in Europa und auch Österreich zu diskutieren. Eine Arbeitsgruppe am Land-Forum erarbeitete auf Basis der Land-Leitlinien ein Forschungskonzept: Die Landnutzung und - konzentration soll in einzelnen Gemeinden auf Basis der FAO-Land-Leitlinien analysiert werden, um daraus Empfehlungen abzuleiten. Angedachte Kooperationspartner_innen sind ausgewählte Universitäten und Gemeinden. Denn lokale Entscheidungsebenen sind zentrale Interventionspunkte. Diesen Schluss teilten auch die beiden geladenen Rechtsexperten, Arthur Kanonier von der TU-Wien und Franz Staudinger von der Landwirtschaftskammer Oberösterreich. Das von ihnen präsentierte rechtliche Grundwissen zu Grundverkehrsrecht und Raumplanung ist ein wichtiger Baustein, um handlungsfähig zu werden.

Hofbörse „Perspektive Landwirtschaft"

Kleinbäuer_innen aus der Landwirtschaft zu drängen und den Zugang zu Land für angehende Bäuer_innen zu blockieren, sind zwei zusammenhängende Phänomene. Dahinter steckt der Trend zu weniger, aber größeren Höfen, unterstützt von der (europäischen) Agrarpolitik. „In den letzten Jahren sind in Österreich jährlich über 4.000 Betriebe verschwunden. Aber es gibt viele, die gut ausgebildet in die Landwirtschaft einsteigen würden, aber keinen Hof erben. Es gibt keine zentrale Anlaufstelle, auch nicht für solche, die Höfe abgeben würden. Die Landwirtschaft ist für viele eine geschlossene

Gesellschaft", so Isabella Lang vom Netzwerk Existenzgründung in Landwirtschaft (NEL). Gemeinsam mit der ÖBV-Via Campesina Austria arbeitet NEL an der Hofbörse „Perspektive Landwirtschaft", die Anfang 2017 online gehen wird. Am Land-Forum bekamen die Struktur der Webseite und die Fragebögen für Neueinsteiger_innen und Hofabgeber_innen den letzten Schliff.

Einen ausführlichen Bericht wird es im Februar 2017 auf www.fian.at/land-forum geben. Darin werden wir den vielen Debattenbeiträgen gebührenden Raum geben: Wie es um die Land-Stiftung Rasenna steht, die in Österreich Grund und Boden als Gemeingut realisieren will, nachdem sich Anfang 2016 das Stiftungsrecht verändert hat. Warum städtische Land-Besetzungen und Aktionen gegen Delogierungen gemeinsam gedacht werden müssen. Was es mit der Landfrage zu tun hat, dass 30 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe von Frauen geführt werden.

Brigitte Reisenberger, Geschäftsleitung FIAN Österreich

Wer mit anderen Land-Aktiven in der Bewegung für Ernährungssouveränität in Kontakt treten oder bleiben will: Bitte auf der Email-Austausch-Liste registrieren:

HTTP://TINY.CC/LANDLISTE

SIERRA LEONE: VON ADDAX ZU SUNBIRD

GESCHEITERTES PROJEKT HAT NEUE BETREIBER

2009 pachtete der Schweizer Konzern Addax Bioenergy über 10.000 Hektar Land im Norden von Sierra Leone, um auf der Basis von Zuckerrohr Ethanol für den europäischen Markt zu produzieren. Zahleiche Bäuer_innen in über 50 Dörfern verloren dadurch ihren Zugang zu Land und Wasser. Im Juli 2015 stellte Addax den Betrieb ein. Der erwartete Gewinn blieb aus, obwohl sich das Investitionsbudget über die Jahre verdoppelte. Die Bevölkerung verlor nicht nur ihr Land, sondern auch die wenigen Arbeitsplätze auf den Plantagen. Nach langen Spekulation en wurde das Projekt am 30. September in großen Teilen an den Konzern Sunbird verkauft.

FIAN Österreich war im April 2016 in Makeni. Ein dramatischer Anblick: Zuckerrohrplantagen waren abgebrannt (Siehe Foto), das Land ausgelaugt und für kleinbäuerliche, diversifizierte Landwirtschaft auf absehbare Zeit nicht mehr nutzbar. Die landwirtschaftlichen Unterstützungsprojekte (CSR - Corporate Social Responsibility) waren zu dem Zeitpunkt längst eingestellt. Viele Männer, die ihre temporären Jobs auf der Plantage verloren haben, mussten auf der Suche nach neuer Arbeit die Dörfer verlassen. Zurück blieben mehrheitlich Frauen, Kinder und ältere Menschen. Um sich ernähren zu können, müssen sie teuren, importierten Reis zukaufen. Viele von den Frauen betriebene Nebengeschäfte (wie Essenstände) sind zum Erliegen gekommen. Die Bevölkerung forderte lautstark eine Neuverhandlung der Pachtverträge und Mitsprache bei einer eventuellen Neugestaltung des Investitionsprojekts. Doch die Menschen wurden nicht gehört.

Der in London ansässige Konzern Sunbird Bioenergy hat den Großteil (75,1 Prozent) von Addax Bioenergy Sierra Leone (ABSL) gekauft. Der frühere Besitzer, die Genfer Firma AOG, bleibt damit mit 24,9 Prozent weiter am Projekt beteiligt. Sundbird Bioenergy bringt zusammen mit einer Reihe von Investoren neues Kapital ins Projekt. Einer der Investoren ist China New Energy. Die alten Pachtverträge bleiben hingegen bestehen. Zusätzlich zum Zuckerrohr produziert Sunbird Cassava auf 2.000 Hektar – ebenfalls um es als Treibstoff nach Europa zu exportieren.

Sunbird hat kürzlich auch Cassava-Projekte auf Vertragslandwirtschaftsbasis in Sambia und Simbabwe gestartet. Wann und wie der Betrieb in Sierra Leone beginnen soll, bleibt weiter offen. Im Rahmen des Nyéléni Europe Forums in Cluj haben wir Mohamed Conteh vom Sierra Leone Netzwerk für das Recht auf Nahrung (SiLNoRF) getroffen. Er nahm auf Einladung von FIAN beim Forum für Ernährungssouveränität teil. „Vor Ort stehen immer noch Addax-Schilder auf den Plantagen", berichtet Mohamed Conteh. „Die Kommunikation mit dem neuen Investor ist noch schwieriger. Nun gibt es Gerüchte, dass der neue Betreiber auf Vertragslandwirtschaft umstellen will", so Conteh besorgt über die neuen Risiken, die dadurch auf die lokalen Kleinbäuer_innen zukommen.

Öffentliche Gelder von acht Entwicklungsbanken finanzierten rund die Hälfte der Investitionen von zuletzt 455 Millionen Euro. Diese öffentlichen Gelder wurden zurückbezahlt – doch die Konsequenzen für das Recht auf Nahrung und Wasser der Bevölkerung durch das Projekt bleiben. Die Entwicklungsbanken, so auch die Österreichische, müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen. Es zeigt sich einmal mehr, dass solche Investitionen nicht zielführend für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung sind.

Brigitte Reisenberger, Geschäftsleitung FIAN Österreich

NYÉLÉNI EUROPE FORUM 2016

EUROPAWEITER KAMPF FÜR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Wie kann angesichts der Dominanz der industriellen Landwirtschaft ein ökologisch und sozial gerechtes Agrar- und Lebensmittelsystem in Europa umgesetzt werden? Diese Herausforderung gingen die rund 600 Teilnehmer_innen des bisher größten europaweiten Forums für Ernährungssouveränität Ende Oktober in Cluj-Napoca (Rumänien) gemeinsam an. Auch FIAN war mit dabei und beteiligte sich bereits im Vorfeld an der Organisation des Nyéléni Europe Forums.

Beim ersten Nyéléni Euope Forum für Ernährungssouveränität 2011 in Krems wurde eine Erklärung entworfen, die eine gemeinsame Vision eines ernährungssouveränen Europas beschreibt. Beim Nachfolgetreffen in rumänischen Cluj 2016 ging es nun darum, Aktionen zu planen. Kleinbäuer_innen, Fischer_innen, Viehhalter_innen, Konsument_innen, städtische Gärtner_innen, Indigene, Forscher_innen, Landarbeiter_innen, Umweltaktivist_innen, Menschenrechtsaktivist_innen und Gewerkschafter_innen aus 40 Ländern tauschten sich dazu fünf Tage lang aus.

Vielfältige Ansätze wurden sichtbar

Der Kampf für Ernährungssouveränität in Europa ist vielfältig: So fanden Diskussionen zu ökologischen Produktions- und demokratischen Verteilungssystemen ebenso ihren Platz wie der Kampf für gerechte Arbeitsbedingungen für (migrantische) Erntehelfer_innen. Während eine Gruppe Strategien entwickelte, wie die Dominanz der Agrarkonzerne gebrochen werden kann, setzten sich andere Teilnehmende mit der Frage außerfamiliärer Hofübergaben auseinander. Für eine echte Kehrtwende, braucht es all diese Ansätze – nur zusammen können sie den Systemwandel bewirken.

Agrarökologie statt Agrarindustrie

Agrarökologie steht im Zentrum dieses Wandels. Basis dieses ganzheitlichen Konzeptes ist der nachhaltige Umgang mit Boden, Wasser, Biodiversität und Nutztieren. Das Arbeiten in Kreisläufen ist der Grundpfeiler. Agrarökologie geht jedoch noch weiter und betrachtet die Gestaltung der Landwirtschaft unter Einbeziehung gesellschaftlicher, rechtlicher, politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen im Sinne von Gerechtigkeit für Mensch, Tier und Natur. Eine zentrale Frage in Cluj war, wie es gelingen kann, dass diese aus der Zivilgesellschaft entwickelte Alternative das vorherrschende, auf Agrarindustrie ausgerichtete Modell ersetzen kann.

Prekäre Lage für rumänische Bäuer_innen

Diese Frage ist zentral für Lebensmittelproduzent_innen und Konsument_innen weltweit. Denn die negativen Auswirkungen des industriellen Modells werden immer sichtbarer – so auch in Rumänien, wo die Lage für Kleinbäuer_innen besonders prekär ist. Drei Höfe verschwinden hier jede Stunde. Investoren haben in kurzer Zeit zehntausende Hektar fruchtbares Land aufgekauft. Ramona Duminicioiu von Eco Ruralis, der rumänischen Gastgeberorganisation, erklärt: „Rumänien ist den meisten osteuropäischen Ländern sehr ähnlich: Es gibt eine sehr große, lebendige, aber gleichermaßen angreifbare bäuerliche Bevölkerung, die zum Beispiel durch Land Grabbing bedroht wird".

Von Ost nach West gemeinsam stark

Um dieser Bedrohung entgegenzutreten, braucht es Vernetzung. Der größte Erfolg des Forums war die Vernetzung osteuropäischer und zentralasiatischer Organisationen mit ihren westeuropäischen Kolleg_innen. Diese konnte durch das Nyéléni Europe Forum an Qualität gewinnen. „In dieser Woche haben wir nicht nur den gemeinsamen Kampf in der Region begonnen, sondern auch die Koordination mit der Ernährungssouveränitätsbewegung in Westeuropa verbessert. Wenn die Ernährungssouveränitätsbewegung in Osteuropa und Zentralasien stark ist, ist sie in ganz Europa stark", betont Ramona Duminicioiu.

Auch wir von FIAN fuhren um viele Eindrücke, Ideen und Kampagnenstrategien reicher nach Hause. Und mit dem guten Gefühl, Teil einer stark in der Zivilgesellschaft verwurzelten Bewegung zu sein.

WWW.NYELENIEUROPE.NET

Melanie Oßberger, Mitarbeiterin FIAN Österreich

AUF DEM WEG ZUM TNC-TREATY

KONZERNE IN DIE SCHRANKEN WEISEN!

Menschenrechtsverstöße von transnationalen Konzernen (TNCs) sind vielfach dokumentiert: Land Grabbing in Verbindung mit der Vertreibung der Anwohner_innen, Umweltzerstörungen beim Abbau von Rohstoffen oder menschenunwürdige Arbeitsbedingungen im Textilbereich. Auf UN-Ebene wird an einem Abkommen gearbeitet (das sogenannte TNC-Treaty), das solche und weitere Menschenrechtsverstöße durch verbindliche Regeln für Unternehmen unterbinden soll. Eine historische Chance. Während zivilgesellschaftliche Organisationen große Hoffnungen in diesen UN-Prozess setzen, wollten ihn die europäischen Staaten lange nicht unterstützen. Vor kurzem schwenkten Österreich und weitere EU-Länder um – auch dank des Druckes, den die Zivilgesellschaft europaweit ausübte.

Im Juli 2014 gab der Menschenrechtsrat den Startschuss für die Erarbeitung des TNC-Treaty. Durch das UN-Abkommen sollen transnationale Konzerne zur Rechenschaft gezogen werden können, wenn sie gegen die Menschenrechte verstoßen. Im Zentrum steht dabei, die wichtige Rolle des Staates, die Durchsetzung von Menschenrechten zu garantieren. So soll auch die Zusammenarbeit der Staaten geregelt werden, um effektiv gegen jene Konzerne vorgehen zu können, deren wirtschaftliche Aktivitäten massive negative Folgen für die Zivilgesellschaft haben.

Der Globale Süden setzte sich durch

Während die Länder des Südens 2014 im Menschenrechtsrat für das Einsetzen der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe zum TNC-Treaty stimmten, stellte sich der Globale Norden quer. Die EU-Länder, inklusive Österreich. Die Arbeitsgruppe nahm 2015 dank Mehrheitsvotum dennoch ihre Arbeit auf. Das war ein historischer Moment. Die ersten Schritte um eine verbindliche Regulierung von Konzernen zu verhandeln, wurden bereits vor mehr als 30 Jahren gesetzt. Doch sie wurden von den Ländern des Globalen Nordens, in denen die Mehrheit der transnationalen Konzerne angesiedelt ist, boykottiert und durch freiwillige Initiativen ersetzt. Prominentestes Beispiel dafür sind die UN Guiding Principles (UNGP), die auf unternehmerische Selbstverpflichtung setzen.

Freiwillige Maßnahmen greifen nicht

Zahlreiche transnationale Konzerne beziehen sich auf die UNGP. Sie setzen so genannte „Corporate Social Responsibility"-Maßnahmen um, begehen aber im Rahmen ihrer unternehmerischen Aktivitäten weiterhin Menschenrechtsverstöße. Handhabe dagegen gibt es kaum. Während nationale Unternehmen nationalem Recht unterstehen, ist die Situation bei großen, über verschiedene Länder verzweigten TNCs komplexer. Aufgrund ihres transnationalen Charakters entziehen sie sich oft den nationalen Gesetzgebungen. Man spricht von „corporate impunity". Das bedeutet, sie können für ihre Taten nicht ausreichend belangt werden. Eine Lücke, die das UN-Abkommen schließen will. Voraussetzung dafür ist jedoch der Rückhalt durch die Staatengemeinschaft. Sowohl in der gerade stattfindenden Erarbeitungsphase, als auch nach deren Beendigung. Dann geht es darum, das UN-Abkommen in den einzelnen Ländern zu ratifizieren, also in nationale Gesetze zu gießen.

Konzerne laufen Sturm

Bis dahin ist noch mit viel Widerstand zu rechnen, denn die Konzerne laufen Sturm gegen das TNC-Treaty. Sie pochen auf die existierenden Maßnahmen der freiwilligen Selbstverpflichtung. Das Konzept der Freiwilligkeit findet wenig überraschend nur einseitig Anklang bei den Unternehmen: Im Zuge von Freihandelsabkommen wie TTIP und CETA

fordern sie verbindlichen Investitionsschutz und die Möglichkeit, Staaten zu verklagen. Die Möglichkeit selbst verklagt zu werden und die Verpflichtung verbindlich Menschenrechte einzuhalten, lehnen sie hingegen ab. Das TNC-Treaty könnte dem existierenden Gros an Unternehmensrechten die notwendigen staatlichen Regulierungen entgegensetzen. Es geht also um viel: Darum ein Gegengewicht zur Konzerndominanz zu setzen. Ein Instrument wie dieses stellt klar, dass Wirtschaft Kontrolle braucht und dass diese Kontrolle vom Staat ausgehen muss.

EU lenkt ein

Im Oktober diesen Jahres kam in Genf zum zweiten Mal die zwischenstaatliche Arbeitsgruppe zum TNC-Treaty zusammen. Drei Tage vor Verhandlungsbeginn erreichte uns die gute Nachricht: Die EU nimmt nun doch an der Arbeitsgruppensitzung teil! Auch Österreich schickte einen Regierungsvertreter. Was hatte zu diesem Umdenken geführt? Der Druck, den zivilgesellschaftliche Organisationen im Vorfeld europaweit aufgebaut hatten, spielte eine große Rolle. FIAN und weitere NGOs, die sich zur „Treaty Alliance" zusammengeschlossen haben, hatten für eine Beteiligung der europäischen Staaten lobbyiert. In Österreich teilten wir den politischen Entscheidungsträger_innen unsere Position per Brief und im persönlichen Gespräch mit einem Vertreter des Bundeskanzleramtes mit. Schließlich haben mehr als 1500 Menschen in Österreich mit ihrer Unterschrift unsere Petition zum TNC-Treaty unterstützt.

Zivilgesellschaftlicher Einsatz für die Menschenrechte geht weiter

Wir freuen uns, dass unser und Ihr Engagement diesen wichtigen Richtungswechsel möglich machte und hoffen auch weiter auf Ihre Unterstützung. Denn es bleibt viel zu tun: Beim dritten Arbeitsgruppentreffen, das im zweiten Halbjahr 2017 stattfindet, werden kontroverse Inhalte verhandelt. Für uns heißt das, weiter den Dialog mit den politischen Entscheidungsträger_innen zu führen. Es gilt, diese historische Chance, die sich bietet, wahrzunehmen: Erstmals sitzen nicht Expert_innengruppen, sondern Regierungsvertreter_innen an einem Tisch, um ein verbindliches Instrument zu verhandeln - jene Personen, die auch für die spätere Umsetzung verantwortlich sein werden. Erstmals ist eine klare gemeinsame Haltung des Globalen Südens spürbar, der sich durch EU, USA & Co nicht einschüchtern lässt - und auch die Zivilgesellschaft setzt sich für die Menschenrechte ein. Jene Zivilgesellschaft, die sich schon im Zuge von TTIP und CETA gegen eine Ausweitung der Konzerndominanz gewehrt hat. Bleiben wir also dran!

TREATYMOVEMENT.COM

Melanie Oßberger, Mitarbeiterin FIAN Österreich

BRASILIEN: GUARANÍ-KAIOWÁ

WO BLEIBT DER POLITISCHE WILLE?!

Die Guaraní-Kaiowá im Bundesstaat Mato Grosso do Sul sind mit etwa 48.000 Menschen das zweitgrößte indigene Volk Brasiliens. Seit Jahrzehnten kämpfen sie um ihr Land, das ihnen laut Verfassung zusteht. Elizeu Lopes, selbst Guaraní-Kaiowá und Vertreter des Rates indigener Völker, und Flávio Machado vom Indigenenrat der brasilianischen Bischofskonferenz (CIMI) waren im September auf Einladung von FIAN Österreich und der Dreikönigsaktion in Wien. Sie besuchten Politiker_innen und NGOs, um über die Lage ihres Volkes zu berichten.

Verschiedene Berichte belegen, dass die Lage der indigenen Völker heute schlimmer ist als während des Militärregimes in den 1970er Jahren. Sie wurden in Reservate gezwängt, wo man sie „zivilisieren", missionieren und in die Gesellschaft eingliedern wollte. Sie sollten ihre indianische Identität ablegen. „Das hat nicht funktioniert. Indigene werden immer noch verfolgt", sagt Flávio Machado, „Alle zwölf Tage wird einer ermordet".

Den indigenen Völkern stehen laut Verfassung große Ländereien zu. Die Praxis sieht aber anders aus. Manche Territorien sind schon identifiziert, andere nicht. Manche sind sogar demarkiert, aber nicht in Besitz genommen. Immer wieder erwirken Großgrundbesitzer gerichtliche Beschlüsse, die den Prozess verzögern. „In Dourados ließen sie nicht einmal die Techniker zum Vermessen des Landes hinein", klagt Machado. „Der Staat muss uns das Land zurückgeben und allenfalls Rinderzüchter oder Plantagenbesitzer entschädigen", so Elizeu Lopes, „Aber es fehlt der politische Wille".

Elizeu Lopes im österreichischen Außenministerium.

Das Land, das den Guaraní-Kaiowá zusteht, ist größtenteils von Rinderzüchtern besetzt. Die Indigenen leben auf engstem Raum. Das größte Reservat hat 3000 Hektar, wo 15.000 Familien zusammengepfercht leben müssen. Wegen der Landarmut sind die meisten auf Lebensmittelrationen der Regierung angewiesen. Trotzdem herrsche Unter- und Mangelernährung. Kinder werden mangels ausreichender Kalorienversorgung in ihrem physischen und geistigen Wachstum behindert. In den letzten 15 Jahren habe im Durchschnitt jede Woche ein jugendlicher Guaraní-Kaiowá Selbstmord begangen. „Das sind offizielle Daten des Gesundheitsministeriums", sagt Machado, „Die Anführer werden systematisch ermordet. Nur zwei Täter sitzen aber im Gefängnis."

In der Gemeinde Caarapó kamen die Täter auf Pritschenwägen, auf denen die Gewehre auf Stativen montiert waren. Sie haben auf vitale Körperteile geschossen. Auch die Sanitäter, die die Verletzten bergen wollten, wurden beschossen. Im Polizeibericht ist von „Unbekannten" die Rede. Machado: „Aber wir wissen, dass die Großgrundbesitzer ihre Wächter bewaffnen."

Von der neuen Regierung unter Michel Temer, die Ex-Präsidentin Dilma Rousseff mit einem fadenscheinigen Amtsenthebungsverfahren absetzen ließ, erwarten sich die Guaraní-Kaiowá noch mehr Repression. Schon Präsident Lula da Silva habe ihre Erwartungen enttäuscht und Rousseff habe wenig Verständnis für die Anliegen der Indigenen gezeigt. Die bisherigen Aktionen der Unternehmer_innen-dominierten jetzigen Regierung lassen noch Schlimmeres erwarten. Elizeu Lopes: „Wir machen uns Sorgen weil die Regierung die Großgrundbesitzer schützt."

Ralf Leonhard, Vorstandsmitglied FIAN Österreich

KEIN PATENT AUF LEBEN!

WIDERSTAND IST FRUCHTBAR

Im November veröffentlichte die EU-Kommission eine Stellungnahme: Sie hält Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung für nicht patentierbar. Das ist ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft, die sich seit Jahren für ein Verbot von Patenten auf Pflanzen und Tiere einsetzt.

Die Aussage der EU-Komission steht in starkem Gegensatz zu der bisherigen Praxis des Europäischen Patentamts (EPA). Dieses hat bereits über 100 Patente auf konventionelle Züchtung erteilt - darunter Patente auf Tomaten und Brokkoli. Doch die Stellungnahme der EU ist rechtlich noch nicht bindend.

Nichtregierungsorganisationen haben bereits im Juni 2016 dem Verwaltungsrat des EPA über 800.000 Unterschriften übergeben. Dieses Gremium besteht aus den Repräsentant_innen der 38 Mitgliedsländer und soll über die korrekte Auslegung der Patentgesetze wachen. Die europäischen Patentgesetze verbieten Patente auf „Pflanzensorten und Tierarten" sowie auf die „im Wesentlichen biologische" Züchtung von Pflanzen und Tieren. Doch diese Verbote wurden durch die Praxis des EPA weitgehend wirkungslos gemacht. Die Erklärung der EU-Kommission folgte der Forderung des Europäischen Parlaments und der Position mehrerer europäischer Regierungen. Unter anderem lehnen Deutschland, die Niederlande, Frankreich und Österreich derartige Patente ab. In diesen Ländern wurden sogar schon die nationalen Patentgesetze geändert.

Wie in der letzten Ausgabe des FOODFirst Magazins berichtet, brachte der österreichische Nationalrat ein Verbot für die Patentierung von Pflanzen und Tieren aus herkömmlicher Züchtung auf Schiene. Nun müssen die entsprechenden Verbote in Kraft gesetzt werden. Auf europäischer Ebene muss die EPA einer wirksamen politischen Kontrolle unterworfen werden. Der erste Meilenstein – die Erklärung der EU-Komission – ist dank der Zivilgesellschaft schon erreicht!

Linnéa Richter, Mitarbeiterin FIAN Österreich

Guaraní-Kaiowá zu Gast in Europa - EU-Parlament verurteilt Menschenrechtsverletzungen gegen Indigene

Elizeu Lopes und Flávio Vicente waren im September zu Gast in Wien. Neben Terminen mit Abgeordneten im Parlament, in der brasilianischen Botschaft, und im Außenministerium, trafen sie sich auch mit der „Wir haben es satt" Plattform und besuchten Kardinal Schönborn. Die österreichischen Bischöfe erklärten sich kürzlich solidarisch mit den von Landraub betroffenen Völkern. In ihrer Presseerklärung rufen sie die Bundesregierung und die europäischen Institutionen auf, alle zur Verfügung stehenden diplomatischen und politischen Mittel zu nutzen, um indigene Völker und deren Rechte zu schützen. Sie sollten sich dafür aktiv einsetzen, auch unter Zuhilfenahme der internationalen Menschenrechtsinstrumente der UNO, so die Kirchenvertreter. Die indigene Delegation reisten auch nach Brüssel und nach Genf zum UN-Menschenrechtsrat. Sie berichteten dem EU-Parlament von den Menschenrechtsverletzungen. Die Besuche brachten einen Stein ins Rollen: Das Europäische Parlament verabschiedete am 24.11. eine Dringlichkeitsentschließung zur Situation der Guaraní-Kaiowá im brasilianischen Bundesstaat Mato Grosso do Sul. Es verurteilt die Gewalt an den Guaraní-Kaiowá in Brasilien und fordert die brasilianische Regierung auf, die Menschenrechte der Guaraní-Kaiowa zu schützen und das Recht auf den Zugang und die Kontrolle über ihr traditionelles Land umzusetzen. Wir begrüßen diesen Schritt! Es zeigt, dass Menschenrechtsarbeit Früchte trägt. FIAN wird auch 2017 gemeinsam mit den Guaraní-Kaiowá für ihre Rechte kämpfen!

RIGHT TO FOOD AND NUTRITION WATCH 2016

MACHTKONZENTRATION AM SAATGUTMARKT

Anlässlich der Veröffentlichung des aktuellen Right to Food and Nutrition Watch zum Thema Saatgut, sowie der Fusionsvereinbarung der beiden Saatgut- und Chemie-Giganten Bayer und Monsanto warnen FIAN Österreich und Brot für die Welt vor den negativen Konsequenzen für Bauern und Bäuerinnen weltweit. Denn der Watch bestätigt: Saatgut muss in den Händen der Bevölkerung bleiben, um weltweite Ernährung zu sichern.

Kaum ein Markt ist jetzt schon so konzentriert wie der globale Agrarmarkt. Nur sechs Firmen (Monsanto, Syngenta, Bayer, DuPont, Dow und BASF) kontrollieren bereits 75 Prozent des globalen Agrarchemiemarktes und über 60 Prozent des Saatgutmarktes. Diese Markt- und damit Machtkonzentration droht sich auszuweiten. Neben Bayer – Monsanto denken auch andere Konzerne, beispielsweise DuPont und Dow sowie ChemChina und Syngenta, über Zusammenschlüsse nach. Den Preis für diese Fusionen werden Bauern und Bäuerinnen bezahlen. Denn Preissteigerungen beim Saatgut werden letztendlich Lebensmittelproduzierenden in armen Weltregionen am meisten schaden.

Der Zugang zu Saatgut ist die Grundlage der Ernährung. Dass Bäuerinnen und Bauern die Kontrolle über ihr Saatgut haben, ist eine zentrale Voraussetzung für die Sicherung des Menschenrechts auf Nahrung. Jahrtausende lang haben Kleinbauern und Kleinbäuerinnen sowie indigene Gemeinschaften ihr Saatgut bewahrt, kultiviert, getauscht und verkauft. Heute werden sie zunehmend durch Gesetze eingeschränkt. Politische Rahmenbedingungen müssen ermöglichen, dass sie frei und unabhängig über ihr Saatgut bestimmen können.

FIAN Österreich und Brot für die Welt luden am 8. November zum Kamingespräch ein, um den Right to Food and Nutrition Watch zu diskutieren. Im Schein des Feuers vernetzten sich NGOs und interessiertes Fachpublikum zu den Themen Saatgut, Biodiversität und Menschenrechte. Geladen waren Iga Niznik - Expertin Saatgutpolitik (Arche Noah), Melanie Oßberger - Projektleiterin Menschenrechte ins Ernährungssystem (FIAN Österreich) und Aleksandra Kolodziejczyk – Referentin für Entwicklungspolitik (Brot für die Welt).

Die Frage nach Handlungsmöglichkeiten, um der Machtkonzentration entgegenzusteuern, beschäftigte viele der Anwesenden. Zivilgesellschaftliches politisches Engagement ist ein wichtiger Baustein. Sei es in einer NGO oder einer Bewegung, wie der für Ernährungssouveränität. Auch als Konsument_in bewusste Einkaufsentscheidungen zu treffen, kann ein weiterer Schritt sein. NGOs setzen zudem stark auf Lobbyarbeit und versuchen in den entscheidenden Institutionen ihre Expertise einzubringen.

Politische Erfolge zeigen sich: Die EU-Kommission nahm schlussendlich Stellung zur umstrittenen Patentierungspraxis auf Leben und hält fest, dass sie Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung für nicht patentierbar hält (Siehe auch Artikel Seite 11). Und die EU-Staaten haben ihre Blockade aufgegeben und nahmen erstmals an der UN-Arbeitsgruppe zum TNC-Treaty (Abkommen zur Regulierung transnationaler Konzerne) teil (Siehe auch Artikel Seite 8). Diese Fortschritte machen deutlich: Mit vereinten Kräften können wir etwas bewegen!

Ursula Drescher, Praktikantin FIAN Österreich

Right to Food and Nutrition Watch

Der diesjährige Right to Food and Nutrition Watch erschien am 13. Oktober zum Thema „Keeping Seeds in Peoples Hands". Er analysiert, wie sich die zunehmende Kontrolle von Konzernen über Saatgut und andere natürliche Ressourcen auf unsere Ernährung auswirkt.

Bestellen Sie die Printversion des diesjährigen Watch bei linnea.richter@fian.at oder besuchen Sie www.fian.at/publikationen/bestellen-download für den **Download der aktuellen Ausgabe**.

GENERALVERSAMMLUNG DES EUROPEAN ANTI POVERTY NETWORK

SOZIALE RECHTE IN EUROPA

Das EAPN (European Anti Poverty Network) wurde 1990 gegründet und ist das größte europäische Netzwerk von nationalen, regionalen und lokalen Netzwerken, NGOs, Basisgruppen und europäischen Organisationen, deren Ziel die Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Exklusion ist. Das EAPN stellt eine Vernetzungsmöglichkeit zum EU-Parlament dar und erarbeitet regelmäßig Stellungnahmen zu aktuellen sozialpolitischen Themen innerhalb Europas. Das EAPN besteht aus 31 Netzwerken und 18 europäischen Organisationen. Das österreichische Netzwerk ist „Die Armutskonferenz", welche 41 Mitgliederorganisationen zählt, darunter auch FIAN Österreich.

Auf der jährlichen Generalversammlung treffen die Vertreter_innen der jeweiligen Netzwerke aufeinander, um sich auszutauschen und um über die bestehenden sowie zukünftigen Projekte zu beraten. Dieses Jahr fand die Generalversammlung Ende Oktober in Brügge statt und gliederte sich in drei große Gruppen: Das „Executive Committee", die „Capacity Building Group" und die „EU Inclusion Strategies Group" (EU ISG). Das Executive Committee bildet den Vorstand, Capacity Building hat die Aufgabe Vernetzung und den Aufbau von Kapazitäten innerhalb des Netzwerkes zu fördern und die EU ISG ist die Sozialpolitik-Gruppe des EAPN.

Die Aufgabe der EU ISG besteht darin, den nationalen Netzwerken Unterstützung in der Entwicklung von Strategien zur Bekämpfung von Armut zu geben und die Stärken und Schwächen von EU-Strategien (beispielsweise EU 2020[1]) zu beobachten, reflektieren und bewerten. Dies geschieht zumeist in Form von Stellungnahmen und Analysen, die auf der Homepage veröffentlicht werden und an politische Vertreter_innen herangetragen werden. Diese Stellungnahmen werden von „task forces", Arbeitsgruppen, die sich innerhalb der EU ISG bilden, erarbeitet. Die neuesten Publikationen sind auf der Homepage des EAPN zu finden. Aktuell wurden Stellungnahmen zur „European Pillar of Social Rights"[2] und „Assessment of the National Reform Programmes 2016" veröffentlicht.

Auf der Generalversammlung tauschen sich die Mitglieder über nationale sozialpolitische Neuigkeiten der jeweiligen Länder, die Ergebnisse der Arbeit seit dem letzten Treffen sowie organisatorische und strukturelle Inhalte das EAPN betreffend aus und besprechen die Ziele für das kommende Jahr. Die Ziele für das Jahr 2017 sind folgende:

- Die Verteidigung des EU 2020 Zieles, Armut zu bekämpfen und Vorschläge einzubringen, dieses Ziel besser zu erreichen.
- Zu beobachten und kontrollieren, dass die veranschlagten 20 Prozent des Europäischen Sozialfonds tatsächlich in die Armutsbekämpfung investiert werden.
- Zu verfolgen, wie sich die „European Pillar of Social Rights" gestaltet und von der EU-Kommission weiter erarbeitet wird.
- Die Förderung der Partizipation von Armutsbetroffenen auf nationaler und europäischer Ebene.

Im Rahmen der Versammlung wird außerdem beschlossen, zu welchen Themen zukünftig Stellungnahmen verfasst werden und ein Zeitrahmen dafür festgelegt. Des Weiteren werden Stellungnahmen, die kurz vor dem Abschluss stehen, diskutiert und gegebenenfalls geändert und ergänzt. So haben alle Mitglieder die Möglichkeit an der Arbeit des EAPN zu partizipieren und jeweilige nationale Beiträge einfließen zu lassen.

WWW.EAPN.EU

Martina Brandstätter, Mitglied in der Armutskonferenz

[1] EU 2020 ist eine Wirtschaftsstrategie der Europäischen Kommission. Einer ihrer Ziele ist die Armutsreduktion. Bis 2020 sollen mindestens 20 Millionen Menschen weniger von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sein.

[2] Entstehender Leitfaden zur europäischen Sozialpolitik zur Orientierung für nationale Gesetzgebungen der Mitgliedsstaaten.

„MIR ISST ES RECHT!“

KUNST, MUSIK UND KULINARIK

Am 10. Dezember, dem Weltmenschenrechtstag, endete unsere Speisenaktion „Mir isst es Recht“. Die Beiträge wurden diesmal für unsere Arbeit gegen Mangelernährung gesammelt. Dieses Jahr unterstützten elf Restaurants und ein Bio-Catering die Aktion. Neben den angebotenen FIAN-Speisen gab es heuer zum ersten Mal in jedem Lokal eine Veranstaltung unter dem Motto „FIAN kennenlernen“.

Am 16. Oktober startete die FIAN-Speisenaktion „Mir isst es Recht!“ mit einer Eröffnungsveranstaltung im WUK-Statt-Beisl. Nach einleitenden Worten von Philipp Salzmann, dem Koordinator der Aktion, wurde der Film „Land Rush“ gezeigt, der sich mit Landnahmen in Mali auseinandersetzt. Neben dem Verspeisen der FIAN-Gerichte – das Statt-Beisl tischte einen veganen, orientalischen Kichererbseneintopf und ein indisches Vindaloocurry auf – wurde nach dem Film angeregt an den gut besetzten Tischen weiterdiskutiert.

Wien: Mit Musik und Kunst für Menschenrechte

Das Oben im siebten Wiener Gemeindebezirk beherbergte unseren ersten FIAN-Abend mit Live Musik. Sowohl der hausgemachte Kardamon-Ingwer-Punsch als auch die köstlichen FIAN-Snacks trugen zur ohnehin gemütlichen Stimmung bei. Shirin, Singer-Songwriterin, fasst den Abend wie folgt zusammen: „Ich durfte miterleben, dass sich Schritte in Richtung verteilungsgerechterer Welt realisieren und mehren lassen, dass sich Menschen engagieren, wie z.B. durch die Speisenaktion "Mir Isst Es Recht". Als Protest-Musikerin kann ich sagen, dass auch ich Geschichten der Ungerechtigkeiten entschleiern und verteilen möchte - danke für euren Einsatz und Inspiration - bitte mehr davon!“

Szenenwechsel in das United in Cycling, welches in der Seestadt Aspern von Julian, Fernanda und Patrick betrieben wird. Im Café mit Fahrradwerkstatt fand unser zweiter Abend mit Live-Musik statt. „Die Veranstaltung mit Musik gibt der Aktion einen Aufwind“, so Julian, auch „war FIAN für alle greifbar und gegenwärtig – das war wichtig!“. Die Musiker_innen schätzten die Verbindung der musikalischen Unterhaltung mit dem Informationsabend. „Es gab die Möglichkeit neue Kontakte zu knüpfen und neue Ideen zu sammeln“, so Chrisi, Querflötistin. Gitarrist Stefan und Frontsängerin Kathrin sind sich einig: „Die Arbeit von FIAN für das Recht auf Nahrung ist sehr wichtig und es braucht noch viele weitere Abende wie diese - darum haben wir gerne mit Musik unterstützt!“.

Suppe der Donauwirtinnen.

Bilder, Bücher, Bühne? Das ist das Motto Österreichs einziger Lese-Mal-Bühne, die von FOMP im „Mir isst es Recht“ Lokal, der Drahtwarenhandlung, veranstaltet. Während drei Autor_innen ihre Texte vorstellen, werden sie von einem/r bildenen/m Künstler_in begleitet. Die von Poesie und Prosa inspirierten Kunstwerke werden anschließend versteigert. Die Gäste, der während der Speisenaktion dreimal zum Bersten gefüllten Drahtwarenhandlung, wurden neben der gebotenen Kunst auf FIAN aufmerksam gemacht.

Graz: Alternativen an einem Tisch

In Graz gab es ebenfalls „Mir isst es Recht“-Lokale. Das Gaumenkino, von Ernst und Angela mit Leidenschaft betrieben, lockte die Gäste mit einer wöchentlich wechselnden FIAN-Suppe. Der von uns veranstaltete Filmabend zum Thema „Regional wachsen“ ließ verschiedene lokale Akteure alternativer Lebensmittelmodelle – Gastwirt_innen, Mitglieder von Lebensmittelkooperativen, lokale Bio-Produzent_innen - zusammenkommen und sich austauschen. Reinhard Wressnig, Biogemüsebauer,

und die Wirt_innen vom Gaumenkino sind überzeugt, dass es mehr solcher Informations- und Austauschabende bedürfte und werken schon an Folgeveranstaltungen. Auch beim FIAN-Brunch im Parks wurden viele Interessierte bei Tischgesprächen während des leckerem Frühstücks über die Speisenaktion und unsere Arbeit informiert.

Linz: Kulinarische Freuden

Langjährigen und treuen Kooperationspartner_innen in Linz waren auch heuer zur Freude von FIAN wieder bei „Mir isst es Recht" dabei – der Wirt am Graben, das Bigoli und die Donauwirtinnen verwöhnten die Gäste kulinarisch mit extra kreierten, ebenfalls wöchentlich wechselnden Suppen, raffinierter Hausmannskost und hausgemachter Pasta mit friaulischen Köstlichkeiten und informierten engagiert über FIAN.

Voller Tatendrang ins neue Jahr

Die diesjährigen Veranstaltungen waren vielfältig und bunt. Ein sehr unterschiedliches Publikum konnte mehr zu den Themen Recht auf Nahrung und Mangelernährung erfahren. Die Freude über diesen positiven Relaunch der Speisenaktion ist groß. FIAN hofft auf ein ebenso anregendes Jahr 2017. Dank der eingenommen Spenden können wir unsere Arbeit im Kampf gegen Mangelernährung weiterverfolgen. Anfang 2017 wird es neue Bildungsangebote sowie ein Dossier zum Schwerpunktthema geben. An dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle Restaurants und die fleissigen Esser_innen!

WWW.FIAN.AT/ MIRISSTESRECHT

Philipp Salzmann, Mitarbeiter FIAN Österreich

Live-Musik im United in Cycling mit Christine (Querflöte/Gesang), Stefan (Gitarre/Gesang) und Kathrin (Gitarre/Gesang).

BUCHREZENSION

MENSCHENRECHTE WIDER DEN HUNGER

DAS RECHT AUF NAHRUNG ZWISCHEN WISSENSCHAFT, POLITIK UND GLOBALEN MÄRKTEN

Die juristische Doktorarbeit von Steffen Kommer beleuchtet das Recht auf Nahrung und seine heutige Rolle in einer globalen Welt. Zentrale Frage des Autors ist, welchen Beitrag das Recht auf Nahrung zur Überwindung der weltweiten Ernährungskrise leisten kann.

Die Arbeit geht dabei über eine reine Auslegung der Rechtsgrundlagen und eine bloße Wiedergabe der Rechtsprechung hinaus. Sie bezieht juristisch nicht unmittelbar verbindliche Aussagen zum Recht auf Nahrung des UN-Sozialausschusses, sozialer Bewegungen und von NGOs wie FIAN mit in die Analysen ein.

Kernaussage ist, dass menschenrechtlichen Diskursen ein Eigenwert zukommt, da sie bei der Aufklärung der Ursachen von Nahrungsunsicherheit helfen und die Ergreifung von Gegenmaßnahmen beschleunigen können. Hunger sei kein Unrechtszustand, der allein durch die Anerkennung von Rechtsansprüchen aufgehoben werden könne. Nahrungsunsicherheit sei zuerst ein gesellschaftliches Krisenphänomen mit komplexen sozialen, politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Ursachen. Menschenrechtsklagen könnten indes ein wirksames Instrument sein, um wissenschaftliche Diskurse anzuregen und die Umsetzung von Anti-Hunger-Programmen voranzutreiben.

Die Justiziabilität des Rechts auf Nahrung, also die reale Einklagbarkeit, wird in der öffentlichen und fachlichen Diskussion oft angezweifelt. Der Autor kommt jedoch zu dem Ergebnis, dass keiner der gängigen Einwände insgesamt überzeugen könne und begründet dies mit anschaulichen Gerichtsurteilen aus Brasilien, Südafrika und Indien.

Ausgehend von dem Kerngedanken, dass das Recht auf Nahrung nicht nur die Versorgung von Hilfsbedürftigen, sondern zugleich die Achtung, den Schutz und die Förderung der eigenmächtigen Selbstversorgung bezweckt, werden drei Zugangsrechte entfaltet: Ein Recht auf soziale Fürsorge, ein Recht auf ein ausreichendes Einkommen und ein Recht auf Selbstversorgung. Durch die Verwirklichung dieser drei Rechte sei es möglich, sich der Umsetzung des Rechts auf Nahrung anzunähern.

Zuletzt werden die globalen Faktoren der Ernährungskrise geschildert. Aufbauend auf einer Analyse der Preise und Mechanismen des Weltagrarmarkts und der ökologischen Dimension der Nahrungskrise wird eine transnationale Schutzdimension hergeleitet. Dies bedeutet, dass Staaten die Pflicht haben, das Recht auf Nahrung auch außerhalb ihres Territoriums zu schützen - etwa durch die Überprüfung der Menschenrechtsverträglichkeit ihrer Handlungen und andere politische Maßnahmen. Die transnationale Schutzdimension wird mit Fallstudien zu den negativen Folgen des Agrardumpings und der Förderung von Biokraftstoffen, insbesondere für Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, untermauert.

Insgesamt leistet die Publikation einen wichtigen Beitrag zur weiteren Auslegung und Rezeption des Rechts auf Nahrung: Anhand der Zugangsrechte werden die individuellen und die kollektiven Dimensionen des Rechts auf Nahrung sehr anschaulich dargestellt und in realen gesellschaftlichen Konflikten verortet. Mit der Begründung einer transnationalen Schutzdimension wird die Debatte über Extraterritoriale Staatenpflichten vorangetrieben und weiter ausdifferenziert. Das Buch ist auch für Nicht-Juristinnen gut lesbar und empfehlenswert.

Kommer, Steffen (2016): Menschenrechte wider den Hunger. Das Recht auf Nahrung zwischen Wissenschaft, Politik und globalen Märkten. Nomos Verlag. 379 Seiten, Preis: 99 Euro. Gerne können Sie das Buch auch im FIAN Büro ausborgen. Einfach eine Mail an office@fian.at.

Helmar Böhnlein, Vorstandsmitglied FIAN Österreich

Ich unterstütze FIAN und möchte:

- ☐ unverbindlich für ein Jahr Informationen per Post erhalten.
- ☐ regelmäßig Informationen per E-Mail erhalten.
- ☐ mich mit anderen Aktivist_innen engagieren.
- ☐ das FOODFirst Magazin abonnieren.
  (3/Jahr, 15 €, für Mitglieder kostenlos)
- ☐ FIAN-Mitglied werden.
  Mein jährlicher Beitrag soll sich belaufen auf:
  - ○ 52 €
  - ○ einen ermäßigten Beitrag € .....
  - ○ erhöhten Beitrag € .....
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.
- ☐ die Arbeit von FIAN
  - ○ einmalig ○ monatlich ○ jährlich
    mit € ..... unterstützen.
  - ○ und eine Einzugsermächtigung einrichten.

Name .....

Organisation .....

Straße .....

PLZ/Ort .....

E-Mail .....

Datum/Unterschrift .....

An
FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien

Ausfüllen, abtrennen und versenden
oder faxen an: 01 23 50 239 20 oder mailen an: office@fian.at

WWW.GUTESLEBENFUERALLE.ORG

GUTES LEBEN FÜR ALLE KONGRESS

09. - 11. 02. 2017

WU WIEN, WELTHANDELSPLATZ 1, 1020 WIEN

Mit Debattenraum „Konzerne in die Schranken weisen: Menschenrechte statt Profite“ mit Melanie Ossberger (FIAN), Brigitte Reisenberger (FIAN), Carla Weinzierl (Attac), Marieta Kaufmann (NeSoVe).

Impressum

FIAN Österreich Magazin 3/2016

Herausgeber_in
FIAN Österreich
Schwarzsspanierstr. 15/3/1, 1090 Wien
Tel. 01-2350 239, Fax 01-2350 239-20
E-Mail: office@fian.at
Internet: www.fian.at FIANoesterreich
ZVR: 937 480 634

Redaktion Linnéa Richter, Brigitte Reisenberger und Ursula Drescher

Layout Jörg Grubmüller, Linnéa Richter

Druck
Atlas Druck, 2203 Großebersdorf
Gedruckt auf zertifiziertem Umweltpapier.

Fotos
Titelseite: Alupus „Kartoffelernte IV“ (CC BY-SA 3.0), Seite 3: kleinkariert (CC), Seite 4,5,6: FIAN Österreich, Seite 9: FIAN International, Seite 10: FIAN Österreich, Seite 12: FIAN International, Seite 14, 15: FIAN Österreich

Ausgabe
Erscheinungsdatum: Dezember 2016
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt A-1090 Wien

Magazin für Mitglieder kostenlos
Abopreis 15 €, Förderabo 30 €

Spendenkonto
FIAN Österreich
IBAN: AT73 2011 1294 1590 3600
BIC: GIBAATWWXXX

GEFÖRDERT DURCH DIE
ÖSTERREICHISCHE ENTWICKLUNGS ZUSAMMENARBEIT

Gefördert durch die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit. Die hier vertretenen Standpunkte geben die Ansicht der Herausgeber_in wieder und stellen in keiner Weise die offizielle Meinung der Fördergeber_innen dar.

INT. MENSCHENRECHTS ORGANISATION FÜR DAS RECHT SICH ZU ERNÄHREN

Weltweit werden Menschen durch die vorherrschenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Strukturen systematisch daran gehindert, ihr Menschenrecht auf Nahrung durchzusetzen. FIAN setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger sowie in Würde leben und sich eigenverantwortlich ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte.

Mit 19 Sektionen und Koordinationen und Mitgliedern in 50 Ländern ist FIAN weltweit präsent. Seit 30 Jahren wirkt die Arbeit von FIAN lokal, national und auf internationaler Ebene. Als FIAN Österreich zeigen wir die Mitverantwortung der österreichischen Politik und Unternehmen am weltweiten Hunger auf. Von ihnen fordern wir bei Verletzungen des Menschenrechts auf Nahrung Rechenschaft ein. FIAN engagiert sich in konkreten Fällen vor Ort. Gleichzeitig setzen wir uns für politische Rahmenbedingungen ein, die Menschenrechte zum Maßstab haben.

FIAN Österreich
Schwarzspanierstraße 15/3/1
1090 Wien